



Linke & Gewalt



Seite 3

Rekommunalisierung



Seite 4

Verhandlung



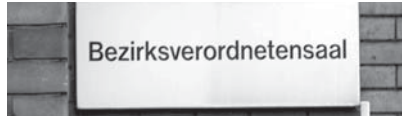
Seite 5

Aus BVV und Ausschüssen

Déjà Vu



Mit einem Dringlichkeitsantrag des Stadtentwicklungsausschusses verabschiedete die Dezember-Bezirksverordnetenversammlung (BVV) in Pankow den Erlass einer Umstrukturierungssatzung für das Gebiet Humanplatz. Einmal mehr zeigte sich hier, dass die üblichen, vom Baugesetzbuch vorgesehenen Instrumente in der erweiterten Berliner Innenstadt versagen, wenn es um den Schutz der angestammten Mieterinnen und Mieter geht: Eine simple Milieuschutzsatzung, wie sie vom Bezirksamt erlassen wurde, verhindert nicht, dass seit langem dort lebende Menschen vor den Kapitalverwertungsinteressen neuer Hauseigentümer geschützt sind. In einer überparteilichen Initiative aus dem Stadtentwicklungsausschuss heraus entschloss sich die BVV daher mit großer Mehrheit, über das in Rede stehende Gebiet auch noch eine Umstrukturierungssatzung zu legen. Mit diesem Verfahren war es



der BVV in der Vergangenheit gelungen, die größten Auswüchse des Investoreninteresses beispielsweise in der Grünen Stadt oder im Taut-Viertel abzuwenden. Ob das auch rund um den Humanplatz gelingt, bleibt allerdings abzuwarten. Die Gegner sozialverträglicher Modernisierung lernen dazu.

Des Weiteren beschloss die BVV einen vorläufigen Wirtschaftsplan für die Einführung einer Parkraumbewirtschaftung für die südlich des S-Bahn-Ringes gelegenen Teile des Prenzlauer Berges. Damit machte sie den Weg für die nächsten Schritte zur Einführung einer Parkraumbewirtschaftung frei: Nun können Parkscheinautomaten angeschafft und aufgestellt werden. Auf Initiative der Linksfraktion wird dies jedoch nur unter unmittelbarer Kon-

trolle der BVV erfolgen. Entgegen den Vorstellungen der Bezirksverwaltung hat die Linksfraktion durchgesetzt, dass die entsprechenden Wirtschaftspläne jährlich von der BVV beschlossen werden müssen, dass über die Ergebnisse einer Parkraumbewirtschaftung in den nächsten sieben Vierteljahren zeitgenau berichtet wird, und dass sich die BVV, wenn es denn nicht funktioniert, das Recht vorbehält, alles auch wieder zu beenden.

Noch ein Ärgernis: In der Fortsetzungs-BVV am 13. Januar scheiterte die Benennung des südlichen Antonplatzes nach dem DDR-Wissenschaftler und Publizisten Jürgen Kuczynski in polemischer Auseinandersetzung an den Stimmen von CDU und B'90/DIE GRÜNEN. Das Bezirksamt hatte zuvor die Benennung des Platzes nach dem bekannten Weißenseer befürwortet.

Wolfram Kempe
Bezirksverordneter

Zweite Gemeinschaftsschule



Es war ein Umweg bis zum Beschluss der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Mitte Dezember 2009. Am Ende stand der Auftrag an den Bezirk, ein räumliches und finanzielles Gesamtkonzept für eine zweite Gemeinschaftsschule in Pankow zu entwickeln, die an der Tesla-Oberschule in der Rudi-Arndt-Straße im Prenzlauer Berg entstehen soll.

Die BVV begann damit, dass die SPD-Fraktion im September einen Antrag einbrachte, der den Neubau einer vierzügigen Gemeinschaftsschule auf der Werneuchener Wiese am Volkspark Friedrichshain zum Inhalt hatte. Diese Grünfläche wurde damit nicht zum ersten Mal für ein Bauprojekt von der SPD ins Spiel gebracht. Hauptargument der SPD war vor allem die Möglichkeit der flexiblen Nutzung eines Schulneubaus. Auf der Wiese schien der Platz dafür.

Zur gleichen Zeit beschloss die Schulkonferenz der unweit der Werneuchener Wiese gelegenen Tesla-Oberschule die seit langem geplan-

te Teilnahme an der Pilotphase Gemeinschaftsschule. Da die Linksfraktion die Anmeldung der Tesla-Oberschule als Gemeinschaftsschule begrüßt hatte und sich überhaupt gegen die bauliche Erschließung der Werneuchener Wiese ausspricht, haben wir im Schulausschuss Mitte Oktober einen Änderungsantrag zur SPD eingebracht. Er enthielt die Forderung, erst dann einen weiteren Gemeinschaftsschulstandort zu planen, wenn der Antrag der Tesla-Oberschule abgelehnt werden sollte und dass die Werneuchener Wiese keinesfalls für etwaige Planungen in Frage kommt.

Gegen die Planungen der Tesla-Oberschule sprachen aus Sicht der SPD vor allem die räumlichen Voraussetzungen, der Sanierungsaufwand sowie die Umsetzung während des Schulbetriebs.

In einer regen Debatte über Kapazitätserweiterungen, Kosten der Altbausanierung versus eines Schulneubaus und den Erhalt der Grünfläche wurde der Änderungsantrag gegen die Stimmen der SPD



beschlossen. Am Ende verließen eine verärgerte Schulstadträtin, überraschte SPD-Verordnete, die mit diesem Ausgang offenbar nicht gerechnet hatten, und erfreute Fraktionsmitglieder der LINKEN die Sitzung.

Mittlerweile hat die SPD eingelenkt und gemeinsam mit der LINKEN sowie Bündnis 90/DIE GRÜNEN unter dem Motto „Jetzt die neue Gemeinschaftsschule - Tesla Oberschule auch baulich weiter voranbringen!“ beantragt, die Erstellung eines Gesamtkonzeptes für die Gemeinschaftsschule zu entwickeln und zu prüfen, wie die Investitionsmittel aufgebracht werden können. Die BVV hat diesen Antrag beschlossen und so steht der zweiten Gemeinschaftsschule hoffentlich nichts mehr im Wege.

Katja Seidel
Bezirksverordnete

Gewalt ist keine Lösung

Drum links zwei drei...

extraDrei sprach mit Marion Seelig (56), Mitglied des Abgeordnetenhauses, stellvertretende Vorsitzende und innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE:

Marion, Berlin ist die Hauptstadt der Demonstrationen. Ist die Zahl der „Krawall-Demos“ gestiegen?

Aus meiner Sicht ist die Zahl der „Krawall-Demos“ nicht gestiegen. Am letzten 1. Mai gab es zum ersten Mal seit Jahren wieder Gewalt aus einer politischen Demo heraus. Es gab Anlass bezogen, wie nach der Räumung der Brunnenstraße und der Durchsuchung eines Hauses in der Rigaer Straße, eher spontane Zusammenschlüsse, aus denen heraus Gewalt angewendet wurde. Die Mehrzahl der Demonstrationen verlief friedlich.

Wer die Gesellschaft verändern will, muss die Verhältnisse zum Tanzen bringen. Wie weit darf man Deiner Meinung nach in guter linker Absicht „mittanzen“ und wann hört der Spaß auf?

Der Spaß hört immer da auf, wo Gewalt gegen Sachen oder Menschen angewandt oder gerechtfertigt wird.

Evrin Baba, Abgeordnete, und Kyrill Jermak, Bezirksverordneter der LINKEN haben in der Vergangenheit regelmäßig Demonstrationen angemeldet, bei denen es zu Straftaten kam. Darf man als LINKER zukünftig keine Demos mehr anmelden?

Natürlich können und sollen LINKE Demonstrationen auch weiter anmelden. Man muss sich nur die Fragen stellen, ob die Aufrufe unserem Demokratieverständnis entsprechen oder doch mal weniger oder mehr versteckt zu Gewalt aufrufen, und ob ich als Anmelderin oder Anmelder tatsächlich die Verantwortung sowohl für das Demonstrationsgeschehen wie für die Kommunikation in der Hand habe.

Was kann man tun, damit linke Bewegung, die auf die Straße geht, nicht kriminalisiert wird?

Die Versammlungsfreiheit ist wie die Meinungsfreiheit und andere

Grundrechte ausdrücklich Bestandteil des Grundgesetzes. Dem Wesen nach ist sie ein Minderheitenschutz. Das bedeutet aber auch, dass der Staat Meinungen und Versammlungen schützen muss, die seiner Position nicht entsprechen und von der Mehrheit der Gesellschaft sogar abgelehnt werden.

Wenn konservative Politiker linksradikal mit rechtsradikal gleichsetzen. Was sagt Du ihnen?

Die Erfahrung lehrt uns, dass Gleichsetzungen oft dazu dienen, den Faschismus zu verharmlosen. Faschismusvergleiche liegen in der Regel immer daneben. So sind die „rotlackierten Faschisten“, mit denen Innensenator Körting (SPD) gewaltbereite Linke vergleicht, so wenig akzeptabel wie es der Anspruch Kurt Schumachers selber war. Das Herrschaftssystem des deutschen Faschismus ist verantwortlich für den Mord an Millionen von Menschen, an einem furchtbaren Vernichtungskrieg, an Unterdrückung und Willkür.



Trotzdem gibt es menschenverachtende Positionen, beispielsweise gegenüber Polizisten auch im linken Bereich, da darf es in der Ablehnung kein Wackeln geben. Ich glaube, wir haben gelernt, dass kein Zweck die Mittel heiligt.

DIE LINKE nimmt für sich in Anspruch sozialistische Bürgerrechtspartei zu sein. Was versteht Du darunter?

Dass soziale Rechte und Freiheitsrechte gleich bedeutend sind. So wenig Freiheitsrechte allein nicht für jeden nutzbar sind, solange ein Teil der Gesellschaft nicht über die Mittel dazu verfügt, so wenig bewährt hat sich der Versuch, Menschen die gleichen sozialen und materiellen Grundlagen zur Verfü-

gung zu stellen unter Entzug ihrer Freiheitsrechte.

Die lukrative Sanierung von Wohnimmobilien hat insbesondere in Prenzlauer Berg zur Verdrängung und Segregation geführt. Teure Autos werden mit dem Verweis auf diese Prozesse angezündet. Welche Ideen hat DIE LINKE, um dieser Gentrifizierung entgegenzuwirken?

Ganz unzweifelhaft gibt es Segregation in den Innenstadtbezirken. Die Politik auch unter Rot-Rot hat dieses Problem möglicherweise unterschätzt, weil es stadtweit gesehen durchaus preiswerten Wohnraum gibt. Das ist aber kein Grund, teure Autos anzuzünden, zumal auch ganz gewöhnliche Autos brennen, Häuser und Polizisten angegriffen, Jobcenter attackiert werden. Die Bekenner berufen sich auch nicht ausschließlich auf Gentrifizierung, sondern mal ist es der Afghanistankrieg, dann die Ausländerpolitik, die Hartz-IV-Gesetzgebung und der Klimawandel.

Mit dem Koalitionspartner haben wir jetzt gemeinsam eine Bundesratsinitiative auf den Weg gebracht, bei der es um Verbesserungen für die Mieter bei der Umlage der Sanierungskosten und um die Herabsetzung der Mieterhöhungsspanne von 20 auf 15 Prozent geht.

Rot-Rot in Berlin ist noch bis 2011 gewählt. Was habt Ihr in der Innen- und Integrationspolitik vor?

Die wichtigste Aufgabe im Integrationsbereich ist der gleichberechtigte Zugang zu Bildung. Dafür haben wir mit der kostenlosen und gut ausgestatteten Kita ebenso wie mit der Abschaffung der Hauptschule wichtige Voraussetzungen geschaffen. Bis 2011 muss uns der Praxistest gelingen.

Im Innenbereich ist uns die Umsetzung einer langjährigen Forderung der LINKEN nach individueller Kennzeichnung von Polizisten auch in geschlossenen Einheiten gelungen.

Interview:

Gisela Blank und Sandra Brunner



Rekommunalisierung

Öffentlich ist Mehrwert



„Privat vor Staat“ und „der Staat ist der schlechtere Unternehmer“. Das waren die Schlagworte, mit denen in den 90er Jahren die Privatisierung öffentlichen Eigentums gefordert und durchgesetzt wurde. Damals privatisierte die Große Koalition unter Eberhard Diepgen (CDU) Bewag und GASAG vollständig, die Berliner Wasserbetriebe teilweise und verkaufte kommunalen Wohnungsbestand in Größenordnung.

Die Resultate waren drastisch gestiegene Wasserpreise, da den privaten Investoren eine hohe Verzinsung auf das eingesetzte Kapital zugesichert wurde, die die Wasserpreise in die Höhe trieben.

Welche Folgen allein die Vorbereitung einer Privatisierung haben kann, sehen wir gegenwärtig an der S-Bahn. Weil die Deutsche Bahn an die Börse gehen sollte, wurde aus dem Betrieb der S-Bahn versucht, maximalen Profit herauszuziehen und deshalb die notwendige Instandhaltung und Wartung unterlassen. Die katastrophalen Folgen dieser Politik erleben wir täglich.

Wir brauchen also wieder mehr

öffentlichen Einfluss auf die Unternehmen der Daseinsvorsorge. Berlin hat gegenwärtig einen Anteil von 50,1 Prozent an den Wasserbetrieben. Das ist eine knappe, aber immerhin eine Mehrheit.

Nur: Gegenwärtig können wir diese Mehrheit nicht im Interesse der Verbraucher nutzen, weil Berlin sich mit den damaligen Privatisierungsverträgen und den dort eingegangenen Verpflichtungen gegenüber den privaten Investoren selbst geknebelt hat.

Rot-Rot hat gegenüber den privaten Investoren angekündigt, diese Verträge im Interesse der Wasserkunden neu verhandeln zu wollen, weil mit den ständigen Wasserpreiserhöhungen Schluss sein muss.

Dabei muss Berlin auch bereit sein, Anteile von den Privaten zurückzuerwerben. Als ersten Schritt habe ich die Initiative ergriffen, um die Kalkulationsmethoden der Wassertarife zu verändern. Dies würde die Profite der Privaten reduzieren, die Wasserpreise stabil halten und perspektivisch senken.

Berlin muss auch in anderen Berei-

chen den öffentlichen Einfluss verstärken: Der Senat hat erklärt, dass er nicht mehr bereit ist, angesichts des S-Bahn-Desasters das Monopol der Deutschen Bahn hinzunehmen. Die Übernahme des S-Bahn-Betriebs durch die kommunale BVG würde einen zuverlässigen Betrieb des öffentlichen Personennahverkehrs aus einer Hand gewährleisten, statt unser Nahverkehrssystem den Renditeinteressen von Aktionären auszuliefern.

Auch im Energiesektor muss der öffentliche Einfluss gestärkt werden: So trete ich dafür ein, dass sich das Land Berlin als Miteigentümer am Gasnetz beteiligt. Ich habe unlängst den Vorschlag gemacht, einen kommunalen Energieversorger für erneuerbare und klimafreundliche Energien aufzubauen.

„Öffentlich ist Mehrwert“ - das muss das Motto unserer Politik sein, die das öffentliche Interesse über private Verwertungsinteressen stellt.

Harald Wolf

Senator für Wirtschaft,
Technologie
und Frauen

Wir sparen der Krise nicht hinterher



Am 10. Dezember 2009 hat das Abgeordnetenhaus von Berlin mit den Stimmen der LINKEN und der SPD den Haushalt für Berlin für 2010/2011 beschlossen.

Die Rahmenbedingungen für die Haushaltspolitik in den Ländern haben sich durch die Wirtschaftskrise und Politik der schwarz-gelben Bundesregierung bzw. ihrer Vorgängerregierung jedoch weiter verschlechtert.

Schon 2009 haben sich die Steuereinnahmen von Berlin um rund 1,1 Milliarden Euro reduziert. Dieses Jahr werden sie weiter sinken. Berlin kommt daher nicht ohne Neuverschuldung aus. Von den rund 22,5 Milliarden Euro die Berlin in den kommenden Jahren ausgibt, werden etwa 5,5 Milliarden über Schulden finanziert. Rot-Rot spart der Krise nicht hinterher. Wir erhalten die soziale Infrastruktur und die

Vielfalt dieser Stadt. Schwerpunkte der Haushaltsberatungen waren für die rot-rote Koalition deshalb die Bildungsgerechtigkeit, Armutsbekämpfung und Integrationspolitik.

Beschlossen ist, dass es von der Kita bis zur Hochschule mehr Geld gibt. Der Kita-Besuch ist ab 2011 kostenfrei und die Qualität der Einrichtungen wird verbessert.

Gut, dass der Senat letztlich, mit den Initiatoren des Kita-Volksbegriffs, einen Kompromiss gefunden hat. Die anstehende Schulreform und der weitere Ausbau der Gemeinschaftsschule sind wichtige Schritte, um die Bildung von der sozialen Herkunft unabhängig zu machen.

Mit dem Haushalt führt Rot-Rot den öffentlich geförderten Beschäftigungssektor in Berlin weiter, der Arbeit statt Hartz IV fördert. Wir haben die Gelder für alle Frauen-

projekte erhöht. Für die Initiative „Sexuelle Vielfalt“ wurden mehr als zwei Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Die Strukturprojekte gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus werden ab 2011 komplett aus Landesmitteln finanziert. Nur so können sie ihre Arbeit fortführen, da sich die Bundesregierung aus der Finanzierung zurückzieht und gleichzeitig das gesamte Programm verändert.

Die Zuweisungen des Landes Berlin für die Bezirke erhöhen sich um 90 Millionen. Das wird zu einer Entspannung beitragen und beispielsweise Kinder- und Jugendeinrichtungen sichern helfen. Allerdings werden wir auch weiterhin mit der SPD um Verbesserungen bei der Finanzierung der Bezirke ringen müssen.

Elke Breitenbach

Mitglied des Abgeordnetenhauses

Bezirk in Verhandlungen

Schuldnerberatung sichern

In Berlin sind nach Aussage der Schuldner- und Insolvenzberatung des Caritasverbandes mehr als 12 Prozent aller Haushalte überschuldet. Eine kostenlose Schuldner- und Insolvenzberatung bietet die Caritas den Betroffenen auch in unserem Bezirk in der Schönhauser Allee 141 an. Dabei hilft sie ihnen, ihre finanzielle Lage zu überblicken, rechtliche Zusammenhänge besser zu verstehen und ihre Schulden zu regulieren. Dabei ist die Nachfrage nach Beratung höher, als sie befriedigt werden kann. Die Anzahl der Klienten ist im Vergleich zu vergangenen Jahren nachweislich gestiegen. Die CDU- Fraktion in der

Bezirksverordnetenversammlung Pankow (BVV) verweist jedoch auf Zahlen des Statistischen Landesamtes, wonach sich die Anzahl der Verschuldeten verringert habe. Aus ihrer Sicht eine treffliche Bestätigung für die Kürzung der Fördermittel der Schuldnerberatung Pankow in den nächsten Jahren.

Tatsächlich wurden die Zuschüsse im Pankower Haushalt 2010/2011 auch um 90.000 Euro gekürzt. Auf Nachfrage begründete dies die Sozialstadträtin (SPD) mit der prekären Haushaltssituation des Bezirks, „der nicht in der Lage sei, die Mittelzuweisung des Senates, um diese Summe aufzustocken“.

Die Nachfragen der Linksfraktion in der BVV ergaben zudem, dass dies einer Reduzierung um 22 Prozent und damit einem Abbau von drei Vollzeitberaterstellen entspricht. Akut gefährdet sind die Beratung im JobCenter, die Jugendschuldner- und die Kurzberatungen für Ratsuchende. Auch die Präventionsarbeit an Schulen und Ausbildungseinrich-

tungen wird eingestellt. Ein Termin für eine feste Beratung ist dann in Pankow mit einer Wartezeit von bis zu acht Monaten verbunden.

Das war der Linksfraktion Anlass für einen Dringlichkeitsantrag in der BVV: „Das Bezirksamt soll sich beim Senat für eine am Bedarf orientierte Finanzausstattung für die zusätzlichen Aufgaben einsetzen“. Der Antrag wurde inzwischen mehrheitlich vom Sozial- und Finanzausschuss beschlossen.

Ein weiterer Antrag unserer Fraktion „ersuchte das Bezirksamt, alles zu unternehmen, um die Arbeit der Schuldnerberatung im bisherigen Umfang für die Jahre 2010 und 2011 zu sichern.“ Er wurde von der BVV beschlossen und das Sozialamt prüft gegenwärtig die Möglichkeiten der Umsetzung.

Wir werden diesen Vorgang im Interesse der rat- und hilfeschuchenden Bürger Pankows aufmerksam und kritisch begleiten.

Eveline Lämmer
Bezirksverordnete



„Peter Edel“ in Verhandlung

extraDrei sprach mit Christine Keil, Stadträtin für Jugend und Immobilien.

Seit Januar 2008 laufen Verhandlungen über die Privatisierung des früheren Kulturhauses „Peter Edel“ in Weißensee. Wie ist der aktuelle Stand?

Nachdem das Kulturhaus im Dezember 2007 als kommunale Einrichtung geschlossen wurde, waren die Hoffnungen groß, dass es schnell zu neuem Leben kommt. Das vom Bezirk geführte Interessenbekundungsverfahren hat die „Berliner Schule für Schauspiel“ für sich entschieden. Gemeinsam mit der Gesellschaft für Stadtentwicklung ist die Schauspielschule seitdem Verhandlungspartner

des Bezirksamtes für einen Erbbaurechtsvertrag. Das bedeutet den Abschluss eines langfristigen Vertrages, bei dem die Schule gegen die Zahlung eines Entgeltes das bezirkliche Grundstück bebauen darf. Die Vertragsverhandlungen laufen noch. Jeder, der das Haus kennt, kann sich vorstellen, dass der erhebliche Sanierungsaufwand ein Hauptgrund für die langwierigen Verhandlungen ist. Ich habe das allergrößte Interesse, endlich zum Vertragsabschluss zu kommen.

In den vergangenen Wochen demonstrierten Künstler für eine Zwischennutzung des Gebäudes.

Mit Aufgabe des kommunalen Kulturbetriebes sind schrittweise alle Nutzer ausgezogen. Im Jahr 2008 und im ersten Halbjahr 2009 gab es einzelne Veranstaltungen, insbesondere der Schauspielschule oder der Tanzwerkstatt „No Limit“. Eine weitere Zwischennutzung ist nicht vorgesehen. Mit Schließung des Kulturhauses wurden Personal und Haus-

haltungsmittel eingespart, so dass jetzt keine Möglichkeiten mehr da sind, einen Betrieb zu organisieren. Selbst bei Vermietung des Hauses bleibt die Verantwortung für das Gebäude insgesamt im Bezirksamt und ein Vertrag müsste verhandelt werden. Dazu gibt es aber keinen Auftrag.

Wird künftig auch Kiezkultur möglich sein?

Hier kann ich nur aus dem erreichten Nutzungskonzept der „Berliner Schule für Schauspiel“ zitieren. Neben Ausbildung, Studiobühne, Berufsorientierung und Berufspraktika soll es auch einen Veranstaltungsbetrieb geben, der traditionelle Reihen wie Jazz und Tanzrevuen weiterführt. Die Schule für Schauspiel bietet an, mit kulturellen Akteuren aus Weißensee konzeptionell zusammenzuarbeiten. Die Schule für Schauspiel wird zur Belebung des Weißenseer Zentrums und zur kulturellen Bereicherung beitragen, da bin ich ganz sicher.

Interview: Renate Tepper



DIE LINKE nach den Wahlen

Profil der LINKEN schärfen



Nach dem hervorragenden Ergebnis bei der Bundestagswahl für DIE LINKE begann der politische Alltag. Das Zehn-Punkte-Programm der Bundestagsfraktion gilt es umzusetzen, in Thüringen und im Saarland begann die Oppositionsarbeit nach langwierigen Sondierungsrunden, in Brandenburg beginnt die rot-rote Regierungsarbeit und in NRW nahen die nächsten wichtigen Wahlen. Die Erfahrungen der bisherigen Arbeit und die Ziele der Wahlprogramme geben Orientierung, die Bedürfnisse der Wähler und die notwendige Auseinandersetzung mit politischen Konkurrenten im Alltag sind Herausforderung für jeden politisch Aktiven unserer Partei. Gleichwohl zeigen nicht nur die Auseinandersetzungen der letzten Wochen, dass die neue LINKE in der Tat noch neu ist, plural, auch heterogen. Es bedarf eben auch einer programmatischen Klärung. Die Eckpunkte gaben ausreichend

Identität in der ersten Zeit des gemeinsamen politischen Wirkens. Doch auch dort wurden offene Fragen genannt. Sie wurden mit gutem Grund vertagt auf die Zeit nach den wichtigen Wahlen. Nun ist es soweit, das Vorhaben einer Programmdebatte für DIE LINKE praktisch anzugehen.

Der Parteivorstand hat dazu bereits einen Beschluss gefasst, der die bisherigen Erfahrungen der Programmkommission berücksichtigt. Dort konnte noch kein gemeinsamer Entwurf in der ursprünglich geplanten Zeit vorgelegt werden. Zu groß sind scheinbar noch einige Unterschiede in Ansätzen, Grundverständnis, Positionen und Zielen. Das Forum Demokratischer Sozialismus hat sich frühzeitig für eine breite und intensive Parteidebatte zum Programm stark gemacht. Eine transparente Debatte, die bisherige programmatische Erfahrungen und Texte ebenso einschließt wie die sehr unterschiedlichen praktischen



Erfahrungen der politischen Arbeit in den östlichen wie westlichen Landesverbänden, in Regierungs- oder Oppositionsverantwortung, ist nötig. Aus den Kontroversen zu Entscheidungen kommen, dann auch Kompromisse finden, wie wir Demokratischen Sozialismus verstehen und wie wir eine solche Grundidee mittelfristig in tragfähige politische Konzepte für unsere Anhänger umsetzen wollen, das wird die spannende Herausforderung der nächsten zwanzig Monate.

Stefan Liebich
Bundestagsabgeordneter

Afghanistan: Kein Masterplan in Sicht



Große Erwartungen in die Londoner Afghanistankonferenz hat die Bundesregierung geschürt: Nach den Verlautbarungen von Außenminister Westerwelle oder Verteidigungsminister zu Guttenberg steht am 28. Januar nichts Geringeres an als die Verkündung des Masterplans für gesicherte Verhältnisse am Hindukusch. Frieden, Freiheit und Demokratie, das wird mittlerweile wenigstens im Nebensatz dazugesagt, kann man das noch nicht nennen. Aber es soll zumindest reichen, um die Bundeswehr ohne Gesichtverlust aus einem von Beginn an unpopulären Krieg abzuziehen. Wohlgermerkt, die Afghanen kommen in den Überlegungen der Bundesregierung nur am Rande vor. Auch daran wird die Konferenz scheitern.

Natürlich wird es eine salbungsvolle Abschlusserklärung geben, markige Worte, verantwortungsbewusste Beteuerungen und schöne Pressefotos. Ergebnisse, die zu Frieden in Afghanistan führen, sind dagegen nicht zu erwarten. Außer Vertretern der kor-

rupten Karsai-Regierung sitzen keine Afghanen am Verhandlungstisch. Und auch die Nichtregierungsorganisationen, die maßgeblich den zivilen Wiederaufbau bewerkstelligen sollen, sind nicht eingeladen. Wie unter diesen Umständen über anderes verhandelt werden soll als über unverbindliche Absichtserklärungen und verbindliche Truppenzusagen, bleibt vorerst das Geheimnis der



beteiligten Regierungen. Weniger geheimnisvoll – aber dafür schlicht fehlgeleitet – ist die der Konferenz zugrunde liegende Idee, man habe sich in Afghanistan bisher einfach nicht genügend angestrengt. Die Wahrheit ist: Die NATO-Staaten haben mit ihrer Strategie der militärischen Eskalation auf das falsche Pferd gesetzt. Statt sich nun mit immer höheren Einsätzen in Verlustbegrenzung zu versuchen, sollten sie die afghanische Zivilgesellschaft stärken, innerafghanische Versöhnungsprozesse unterstützen und versuchen, die Nachbarstaaten in einen tragfähigen Friedensplan einzubinden. Ohne Gespräche mit den Aufständischen, den sogenannten „Taliban“, wird das nicht gehen. Solche Gespräche wiederum setzen einen Waffenstillstand voraus. Die Abkehr vom Kriegskurs – und damit der Abzug der Bundeswehr – ist nicht Ziel, sondern Voraussetzung dieses Prozesses.

Paul Schäfer
Bundestagsabgeordneter

Zur Diskussion gestellt!

Haltet euer Herz bereit

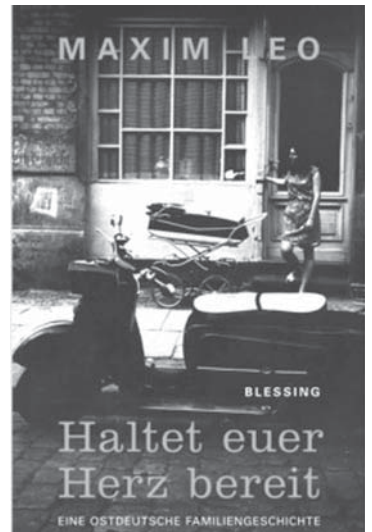
Im Einheitsjahr 2009 überschlugen sich die Verlage mit einschlägigen Veröffentlichungen. Der Geist der Einheit wabert durch die Regale der Buchhandlungen. Die 33jährige Jana Hensel, deren „Zonenkinder“ lange die Bestseller-Listen anführten, mischt sich mit „Achtung Zone - Warum wir Ostdeutschen anders bleiben sollten“ unter die, die die Gunst des Jubiläums nutzen. Hensels Behauptung, dass Ostdeutsche und Westdeutsche nun mal nicht gleich sind, weil durch andere Erfahrungen geprägt und damit durch eine eigene Identität, ist der rote Faden dieses Buches. Emsig und mit etlicher Larmoyanz häkelt die Autorin daran.

Nein, ich kann den oft langatmigen Betrachtungen nicht all zu viel abgewinnen. Und dass sie die satt-sam bekannte unendlich traurige

Stasi-Geschichte der Schauspieler Jenny Gröllmann und Ulrich Mühe seitenweise ausbreitet und benutzt, - ja, wozu eigentlich? - macht das Missvergnügen an dieser Lektüre komplett (Verlag Piper, 192 S., 14,95 Euro).

Einen ganz anderen Blick auf dieses Anderssein gestattet Maxim Leo in „Haltet euer Herz bereit“ dem Leser. Er taucht ein in die Geschichte seiner Familie. Einer ostdeutschen. Mütterlicherseits kommunistischer Hochadel - geadelt mit illegaler Arbeit im Widerstand, jüdischen Wurzeln, glasklaren Überzeugungen, Aufbauväter der DDR. „Die Familie von Maxim Leo war wie eine kleine DDR“, heißt es auf dem Cover. Glaube, Hoffnung, Liebe, dazu Zweifel, Trostlosigkeit, Hass. Denn wenn dann der eigene Vater in der Küche rummotzt, die DDR

zum Verbrecherstaat erklärt, muss ein Jugendlicher das erst einmal aushalten können. Eine Familie wie dieses ganze untergegangene Land: Der Traum vom kommunistischen Ideal und die so ganz andere Wirklichkeit prallen voller Wucht aufeinander. Das Traumland der Väter kann nie und nimmer das Traumland ihrer Enkel sein. Maxim Leo blickt unverstellt auf eigenes Erlebtes, Erzähltes und auf die Dokumente aus Archiven (Karl Blessing Verlag, 272 S., 19,95 Euro).



Gisela Blank

Fragwürdige Intervention

In unserem letzten Artikel berichteten wir darüber, dass die CDU-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Pankow (BVV) mit ihrem Anliegen, zukünftig vom Bezirksamt analog zum Pankower Register, das rechte, antisemitische und homophobe Vorfälle erfasst, ebenfalls halbjährlich einen Bericht über linksradikale Gewalttaten vorgelegt zu bekommen, nicht ganz erfolglos blieb. Was war geschehen?

Zuerst brachte die CDU einen entsprechenden Antrag in die BVV ein. Das ist ein üblicher und mit Blick auf den Inhalt und das bisherige Agieren der Pankower CDU auch keineswegs überraschender Vorgang. Überraschend und so auch gewollt war allerdings die Reaktion der Linksfraktion auf diesen Vorschlag. Trotz innerfraktioneller Zweifel an diesem Vorgehen brachte sie einen Änderungsantrag ein, der die Vorlage eines einmaligen Berichts zu linker Gewalt anregt, jedoch ohne einen Bezug auf das Pankower Register. Da dürften sich die anderen Fraktionen gefreut haben. Grundsätzlich hatte näm-

lich keine der anderen Fraktionen ein Problem mit einem Bericht zu linker Gewalt.

Allerdings stellte sich für einige die Bezugnahme auf das Pankower Register als problematisch dar. Diese Bezugnahme wurde mehrfach kritisiert. Da kam die Linksfraktion mit ihrem Vorschlag, der diesen Bezug herausnahm, gerade richtig. Ihr Antrag wurde angenommen. Damit wurde sie einer der Pankower Wegbereiter in einer Angelegenheit, in der der Berliner Verfassungsschutz kurze Zeit später mit der Veröffentlichung seiner Studie „Linke Gewalt in Berlin“ nachlegte. Beides forciert und unterstützt die derzeitige öffentliche Debatte um die Gleichsetzung von Rechts- und Linksextremismus. Eine Debatte, die nicht ungefährlich für die Linke in Gänze ist. Leider scheint dies jedoch nicht immer ausreichend bewusst zu sein.

Ein Blick in die Geschichte kann für die Meinungsbildung da ganz hilfreich sein. Deshalb wollen wir mit unserem nächsten Artikel zu einem solchen Diskurs anregen. Wir werden einen Blick auf die

Renaissance der Totalitarismustheorie werfen, denn diese ist es, um die sich die öffentliche Diskussion derzeit dreht, auch wenn sie nun als „Extremismusdiskurs“ erscheint.

AG Antifa/Antira



Der Antrag der CDU-Fraktion in der BVV lautete ursprünglich: „Das Bezirksamt wird ersucht, analog zum Bericht des Bezirksamtes zu rassistisch und rechtsradikal motivierten Vorfällen ebenfalls halbjährlich einen Bericht über linksradikale Gewalttaten vorzulegen.“

Auf Anregung der Linksfraktion änderte sie ihren Antrag, der von der BVV beschlossen wurde: „Das Bezirksamt wird ersucht, einen Bericht über linksradikale Gewalttaten vorzulegen.“

Das Ergebnis des Ersuchens ist unter der Drucksachennummer VI-0835 nachlesbar. (<http://www.berlin.de/ba-pankow/bvv-online/vo020.asp>). Das Bezirksamt nimmt darin nur allgemein auf die Publikation „Linke Gewalt in Berlin“ vom 11. November 2009 der Senatsinnenverwaltung, Abteilung Verfassungsschutz Bezug (www.berlin.de/sen/inneres/verfassungsschutz/e2_publicationen.html).

Das Letzte

Prophetische Neujahrsbotschaft

„Manches wird im neuen Jahr erst noch schwieriger, bevor es wieder besser werden kann.“, so Bundeskanzlerin Angela Merkel in ihrer Neujahrsbotschaft.

Es ist also ein Glück für die Berliner Straßen und für die Autofahrer, dass an sehr vielen Stellen im Jahr 2010 Straßenerneuerungen durchgeführt werden sollen. Basis dafür sind die finanziellen Mittel, die der Bund zur Verfügung stellt, um die Auswirkungen der Krise für das Bauwesen zu mindern. Leider birgt es auch einen Pferdefuß. Mit Straßenbauten sind Straßensperrungen verbunden. Straßensperrungen bedeuten Stau und hohe Abgase.

Die Lösung ist relativ einfach. Die Autofahrer steigen auf öffentliche Verkehrsmittel um.

Nun hat die S-Bahn schon im alten Jahr „Land unter“ gemeldet. Es fehlen sichere Waggonen. Alte Züge

stehen noch auf Abstellgleisen und warten auf ihre Verschrottung. Sie sollten in der Not wieder in Dienst gestellt werden. Sie geben zwar beängstigende Geräusche von sich. Keine Angst, sie fahren schon mehr als 50 Jahre und sind immer sicher ans Ziel gekommen.

Nicht nur in Berlin soll eine gravierende Neuerung zur Flugsicherheit eingeführt werden – der Einsatz der Ganzkörperscanner. Nun hat der neue Bundesinnenminister Herr de Maizières den Nachlass seines Vorgängers gefunden. In weiser Voraussicht hat der schon in geheimen Dokumenten vorgeschlagen, die Scanner in Berlin auch auf Bahnhöfen und bei Demonstrationen einzusetzen. Damit könnten die linksradikalen Störenfriede und Autobrandstifter endlich dingfest gemacht werden. Die Information, Scannerbilder auf Großleinwände



Foto: Wolfgang Schmidt

zu übertragen und sie in demokratischer Breite allen Berlinern zur Einsicht zur Verfügung zu stellen, hat sich nach eingehender Prüfung als Ente erwiesen.

Manche Fußballfans von Hertha BSC weigern sich, die prophetische Botschaft auf die zweite Meisterschaftsserie in der Bundesliga zu übertragen. Dann steigt Hertha ab. Die zweite Liga sei doch der Bundeshauptstadt nicht zumutbar. Aber „manches wird im neuen Jahr erst noch schwieriger“.

Klaus Flemming

Hat uns gefreut Ende Dezember 2009 wurde nach einer Komplettsanierung das Schloss Schönhausen als Museum eröffnet. Besucher können in der Tschakowskistraße 1 in Pankow 350 Jahre deutsche Geschichte erleben. Das Haus war Landsitz preußischer Adelsfamilien, Sommersitz der Königin, Amtssitz des DDR-Präsidenten, Gästehaus der DDR-Regierung. Das Arbeitszimmer von Präsident Wilhelm Pieck wird im Originalzustand gezeigt. Der zentrale Runde Tisch der DDR tagte 1989 und 1990 auf dem Gelände und nach 1990 war das Schloss Verhandlungsort der Zwei-plus-Vier-Gespräche zur Vereinigung der beiden deutschen Staaten. Im Internet: www.spsg.de



Foto: Bezirksamt

WANNWOWASWANNWOWASWANN

25. Januar 18 Uhr
Fraktionssitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer

27. Januar 18 Uhr
30. Tagung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Pankow von Berlin, Bezirksamt Fröbelstraße 17, Haus 7, Bezirksverordnetenversammlung

08. Februar 18 Uhr
Fraktionssitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer

15. Februar 18 Uhr
Basistag in der Geschäftsstelle
19.30 Uhr
Sitzung des Bezirksvorstands in der Geschäftsstelle

17. Februar 17.30 Uhr
Fortsetzung der 30. Tagung der BVV, Bezirksamt Fröbelstraße 17, Haus 7, Bezirksverordnetenversammlung

22. Februar 18 Uhr
Fraktionssitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer

24. Februar 19.30 Uhr
Sitzung des Bezirksvorstands in der Bezirksgeschäftsstelle

01. März 18 Uhr
Fraktionssitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer

03. März 17.30 Uhr
31. Tagung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Pankow von Berlin, Bezirksamt Fröbelstraße 17, Haus 7, Bezirksverordnetenversammlung

08. März 18 Uhr
Fraktionssitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer

15. März 18 Uhr
Sitzung des Bezirksvorstands in der Bezirksgeschäftsstelle

20. März 10 Uhr
2. Tagung der 2. Hauptversammlung, u.a. Wahl der Delegierten für den Bundestag, Bezirksamt Fröbelstraße 17, Haus 7, Bezirksverordnetenversammlung

Linksfraktion in der BVV Pankow
Bezirksamt
Fröbelstraße 17, Haus 7,
Fraktionszimmer, Raum 109

DIE LINKE Pankow
Bezirksgeschäftsstelle
Kopenhagener Straße 76,
Nähe S und U Schönhauser Allee

Impressum

Herausgeber: DIE LINKE.
Bezirksvorstand Berlin Pankow

Kopenhagener Straße 76 in 10437 Berlin
Fon 44 01 77 80 – Fax 44 01 77 81

www.die-linke-pankow.de
eMail: redaktion@die-linke-pankow.de

V.i.S.d.P.: Carsten Schatz

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 15. Januar 2010
Druck: double express Auflage: 6.500

Die nächste Ausgabe der extraDrei erscheint am 26. Februar 2010

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen und stilistische Überarbeitungen von Zuschriften sind vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig behandelt.

Das Blatt wird durch Spenden finanziert. Spenden können eingezahlt werden direkt in der Geschäftsstelle bzw. in einem der Kiezbüros oder auf folgendes Konto: 43 84 81 68 00 bei der Berliner Bank, BLZ 100 200 00, Verwendungszweck: 810-505.

Diese Spende ist steuerlich absetzbar. Damit wir entsprechende Bescheinigungen für das Finanzamt ausstellen können, benötigen wir Name und Anschrift des Spenders / der Spenderin.

Titelfoto: „Antonplatz“, Sandra Brunner